

Achtung, Piraten in Sicht!

Ist die neue Piratenpartei überflüssig oder vielleicht die fehlende sechste Alternative in unserem politischen System?

Gianmarco Crapa ist 21, aktiv bei der Grünen Jugend Bielefeld und studiert Sozialwissenschaften.



(Ahoi, junge Piratin. Zeit, die Netzpolitik gemeinsam zu entern!)



Einige Alt-Grüne werden sich mit Sicherheit an ihre eigenen Anfangszeiten erinnern fühlen, wenn sie die aktuelle Situation der Piratenpartei betrachten. Kaum ernst genommen und von der politischen Eliten belächelt, wächst die UnterstützerInnengemeinde der InternetdatenschützerInnen mit jedem Tag, der bis zur Bundestagswahl verstreicht, weiter an. Auf Plattformen wie „StudIVZ“ erfreuen sie sich inzwischen sogar größerer Beliebtheit als jede andere Partei. Bei den Europawahlen erkämpften sich die schwedischen Piraten einen Sitz im Parlament und seitdem Jörg Tauss im Juni die SPD verließ, segelt bereits jetzt ein Bundestagsabgeordneter unter der Totenkopfflagge.

Die Freelbeuter sind auf dem Vormarsch und ihre großen Schritte hin zur politischen Verantwortung verleiten nicht wenige zu Vergleichen mit den Grünen der späten 1970er Jahre. Schnell fand die grüne Bewegung über den Bremer Landtag den Weg nach Berlin. Endlich war Ökologie mehr als ein bloßes Luxusthema – sogar CDU Programme kommen heute nicht mehr ohne den Punkt „Umwelt“ aus. Aber schon damals konnten Grüne mehr und waren alles andere als eine Einthemenpartei. Von Anfang an waren Forderungen zur Stärkung der Frauen, zur Arbeitslosigkeitsbekämpfung und zur Erneuerung des Welt(wirtschafts)systems wichtige inhaltliche Aspekte. Und nicht nur der Start, sondern auch die Zukunft sieht weiterhin viel versprechend aus: Mit dem „Green New Deal“ und dem neuen Gesellschaftsvertrag halten die Grünen aktuell zwei große Ideen bereit, mit denen sich die Welt weiter gestalten und verbessern lassen wird.

Auch die Piraten haben sich mit ihrem frisch beschlossener Wahlprogramm zur Bundestagswahl einiges vorgenommen. So stößt mensch beim Lesen auf die drei Kernpunkte „Urheber- und Patentrecht“, „Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung“, sowie „Transparenz des Staatswesens“. Hier fordern die Pirater beispielsweise den Verzicht auf Videoüberwachung öffentlicher Plätze oder sprechen sich gegen das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung aus. Das riecht nicht nur ziemlich grün, das ist auch grün. Inhaltlich liegen Piraten und Grüne auf einer gemeinsamen Linie und so wundert es kaum, dass Christian Engström (McE, Piratenpartei) kürzlich der grünen Fraktion im Europaparlament beitrug. Hier möchte er als Experte für Internet und Datenschutz arbeiten. „Warum nicht gleich bei den Grünen?“, stellt

sich da die berechnete Frage. Die politischen Inhalte der Piratenpartei sind in Deutschland bereits bestens abgedeckt. Vor allem Grüne, aber auch FDP und Linkspartei teilen viele der Ansichten und Forderungen.

Das oft angeführte Argument, die Piratenpartei sei das einzige Sprachrohr für eine Generation, die mit Computer und Internet aufwuchs, kann so auch nicht stehen gelassen werden. Gerade in der Grünen Jugend wissen wir bestens, wie die Kommunikation von heute aussieht und stellen immer wieder viele frische KandidatInnen für die Wahlen von Bündnis90/Die Grünen bereit, die keineswegs hinter dem Mond leben.

Sind die Piraten also überflüssig? – Als Partei, ja. Neben einigen NichtwählerInnen, rekrutieren sich die AnhängerInnen der neuen Bewegung vor allem aus dem linksliberalen Raum. Außer zu den genannten Kernpunkten bezieht die Piratenpartei aber kaum Stellung – mit Ausnahme der Studiengebühren, gegen die sich die Partei ausspricht. Die Themenfelder der Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt-, Energie-, Migrations-, Gender-, LesBiSchwulen-, oder Außenpolitik finden keine Erwähnung und so kaufen geneigte WählerInnen die berühmte Katze im Sack. Es ist völlig in Ordnung, wenn man die Politik als Partei mitgestalten möchte, aber dann muss man der Bevölkerung vor einer Wahl auch verraten, wie man sich beispielsweise zu Mindestlöhnen oder AKW-Laufzeitverlängerungen positioniert.

Insgesamt sind die Piraten aber eine sehr nützliche politische Erscheinung. Sie rücken endlich Inhalte in den Vordergrund, die vielen (jungen) Menschen in Europa wichtig sind. Nicht zuletzt die Verabschiedung des Internetzensurgesetzes, der Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU), ist ein anschauliches Beispiel. Nicht nur, dass die SPD mit der Ausrede der selbst gewählten Koalitionsverpflichtungen zustimmte – es geht noch schlimmer. Mit großer Verwunderung mussten wir als Grüne Jugend feststellen, dass sich 15 unserer eigenen Abgeordneten enthielten, statt mit „Nein“ zu stimmen. Das beweist, dass die parteiinterne und gesellschaftliche Diskussion noch lang kein Ende gefunden haben kann.

Zum einen sollten Parteien wie die Grünen in Zeiten wie diesen Flagge zeigen und beweisen, dass sie die Meinungen der NetzaktivistInnen bereits jetzt in Deutschland und Europa vertreten. Zum anderen hätten die Piraten die Möglichkeit ihr Fachwissen à la Engström, in die bereits vorhandene Parteienlandschaft einzubringen und unsere gemeinsamen Themen auf die Art und Weise stärker zu machen.

Außerhalb der Parlamente wäre dann ein Engagement als Nichtregierungsorganisation nach dem Greenpeace-, oder attac-Modell vorstellbar. So ließen sich die eigenen Ziele letztlich sogar besser durchsetzen, als wenn den linksliberalen Parteien die Stimmen entzogen würden, da die Piratenpartei es selbst noch nicht ins Parlament schafft. Denn nach aktuellem Stand (22.07.2009, emnid) kommen alle „kleinen“ Parteien zusammen bloß auf 4% der WählerInnen-Stimmen.

Somit lässt sich sagen, dass den politischen Eliten mit zunehmender Stärke der Piraten immer deutlicher wird, wie wichtig den Menschen Datenschutz und Netzfreiheit sind. Doch solange die 5%-Hürde nicht geknackt wird, schwächt man letztlich nur die ohnehin schon schwache Opposition. Stasi-2.0-Schäuble und seine Gehilfin Zensursula hätten somit noch mehr Macht, um ihre Idee vom gläsernen Bürger in die Tat umzusetzen.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass die Piraten ganz sicher etwas bewegen und unsere Zukunft gestalten werden. Nur zu den Fragen nach dem „Wie“ und dem „Wo“ besteht noch Klärungsbedarf.